

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebküchler u. der Arbeiterchaft in der Süßwaren-, Kek-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Quartals-Abonnement 4500 M. Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt

Ersteinst jeden Dienstag
Redaktionsstil: Sonnabend morgen

Insertionspreis pro sechsgepaltene Nonpareillezeile 2000, für Zahlstellen 200 M.

Finanzmizwirtschaft.

Auf gleicher Linie des Niederganges der deutschen Volkswirtschaft bewegt sich der Zerfall der Finanzpolitik des Reiches. In den Kriegsjahren wurde der neue Kurs eingeschlagen und hartnäckig fortgesetzt bis zum Zusammenbruch der Militärmacht. Der Republik wurden Milliarden Schulden hinterlassen neben einer nicht kleinen Klasse Königskriegsgewinnler. Die breiten werktätigen Volksschichten mußten dafür Opfer an Gut und Blut bringen. Ihnen wurden die Lasten zur Aufrechterhaltung des bankrotten Staates vollständig aufgebürdet. Die besitzenden Klassen blieben verschont und wo man Versuche machte, auch in diesen Kreisen nach dem Rechten zu sehen, erwiesen sich alle Gesetze als unwirksam.

So ging es die Jahre hindurch weiter. Die Preise, die die Staatsmaschine betriebsfähig erhalten, sind die Lohn- und Gehaltsempfänger. Von April bis Juni 1922 wurden durch den Steuerabzug 13,2 Milliarden Mark aufgebracht oder 56,17 % des Gesamtsteuereinkommens. Die Beträge vom Steuerabzug stiegen von Monat zu Monat, erreichten im November des gleichen Jahres 75,79 %, stiegen im Februar 1923 auf 94,22 % und im März auf 98 % der Gesamtsteuereinnahmen. Beispielsweise im Februar betrug die Gesamtsteuereinnahmen 108,8 Milliarden, davon wurden 97,2 Milliarden Mark durch Abzüge aus der Lohnsteuer aufgebracht. In andern Staaten ist die Verteilung der Lasten ohne Zweifel gerechter. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika beträgt der Anteil der Arbeiter, Angestellten und Beamten an der gesamten Einkommensteuer höchstens ein Dreißigstel, oder während bei uns jetzt die Arbeiter, Angestellten und Beamten 95 % der gesamten Einkommensteuer aus ihrem Arbeitseinkommen aufbringen, liefern in Amerika die 528 000 Jenisten mit einem Einkommen über 5000 Dollar, unter denen sich nur vereinzelt Angestellte und Beamte und überhaupt keine Arbeiter befinden und die im wesentlichen die Bevölkerung stellen umfassen, die bei uns 5 % der Einkommensteuer bezahlen, nicht weniger als 87 % des Gesamtertrages.

Zur Steuerwesen sind in der letzten Zeit Änderungen erfolgt, jedoch nicht an den Stellen, wo die Ungerechtigkeit grell in die Erscheinung tritt. Aufgehoben wurden die Kapitalertragssteuern und der Frachtkundenstempel am 1. April. Nichts eingebracht, vielmehr dem Reich große Ausgaben verursachte das Reichsnotopfer. Auch die Kohlensteuer stellt sich mehr und mehr als ein Geschenk für die Kapitalisten heraus.

Der Volksbetrug hat aber noch nicht seinen Höhepunkt erreicht. Die Abwehrmaßnahmen gegen die Besetzung des Ruhrgebietes ließen das Kasardspiel in der Finanzwirtschaft in noch gewaltigerem Ausmaß alles Vorhergehenden neu aufleben. Allgemein ist schon längst bekannt, daß dabei die arbeitende Klasse wiederum der betrogene Teil ist und die Kapitalisten instand gesetzt sind, einen noch größeren Raubzug auf die Taschen des Volkes zu machen als in den Jahren des Krieges. Was vorausgesagt wurde, ist nicht nur prompt eingetreten, ja selbst alle Befürchtungen wurden noch weit übertroffen.

Die Regierung gewährte den in Bedrängnis geratenen Großindustriellen mit vollen Händen Kredit. Ueber den Umfang konnten nur Vermutungen angestellt werden, da die Regierung es nicht für notwendig erachtete, auch dem Volke hierüber zu berichten. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen hat nunmehr ein Eingeweihter aus der Schule geplaudert. Wir erfahren: Aus der Reichsbank erhielt das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat auf nicht wertbeständige Dreimonatswechsel 900 Milliarden Mark, außerdem von der Reichskreditbank 200 Milliarden und kürzlich noch einmal 200 Milliarden. Letztere Summe soll auf

der Grundlage des Preises für Förderkohle wertbeständig gemacht werden. Dazu kommen noch Kredite in Höhe von 400 Milliarden Mark an Privatbanken und Beträge für kleinere Syndikate des rheinisch-westfälischen Reviers in Höhe von 15 bis 20 Milliarden. Insgesamt erhielt bisher die Kohlenindustrie nicht wertbeständige Kredite von etwa 2 Milliarden Mark. Natürlich griffen auch die übrigen industriellen Gruppen und Konzerne nach der freigebigen Hand der Regierung. Die Eisenherren erhielten 300 Milliarden. Sie sollten zur Hälfte auf Pfund, zur Hälfte auf der Grundlage der Eisenpreise zurückzahlbar sein. Von der Kreditsumme wurden nur 66 Milliarden beansprucht. Was aber die Regierung würde gemacht wurde und der Eisenpreis zu 95 % und das Pfund zu 5 % als Wertbeständigkeitsfaktor eingeseht wurden, da reichte die erstmals ausgefekte Kreditsumme nicht mehr aus, es mußten weitere 300 Milliarden nachbewilligt werden unter Wegfall der Pfundgarantien.

Warum sollten auch nicht die Kleinen ihr Glück bei der Milliardenpende der Regierung versuchen? Zur Finanzierung des mittleren und kleinen Gewerbes wurde die „Sika“ gebildet, die bisher über 100 Milliarden ausgegeben hat, wovon ein kleiner Bruchteil, etwa 5 bis 7 Milliarden, als wertbeständig rückzahlbar ist. Es wurden Kredite ohne wertbeständige Sicherungen den landwirtschaftlichen Verbänden gewährt. Die angemeldeten Schadenersatzansprüche bei der Reichsregierung wurden ohne Prüfung des wirklichen Schadens in der angemeldeten Form bis zu 80 % bedorsucht. Jetzt haben die Industriellen erneut Forderungen an das Reich gestellt, um Vergütung für die „unproduktiven Ausgaben“ zu erhalten. Hierbei werden sie nochmals einen großen Reiback machen, weil eine nachträgliche Kontrolle so gut wie ausgeschlossen ist.

Bei einem Vergleich der Finanzwirtschaft während des Krieges mit dem jetzigen Finanzgebaren finden wir recht viele Ähnlichkeiten. Damals wurde der Kriegsindustrie jeder Preis für militärische Lieferungen gezahlt und das Reich von allen Seiten betrogen. Und heute? Der vor dem Zusammenbruch stehende bankrotte Staat, der nur seinen Geschäftsbetrieb von den Lohnsteuerabzügen aufrechterhalten kann, stellt Woche für Woche neue Billionen Papiermark her und gibt freigebig allen, die ihn um Darlehen anpumpen. Der Bankrotteur ist sogar so nobel und verzichtet auf jedes Unterpfand; er fragt auch nicht, ob der Kump notwendig ist, er gibt eben mit vollen Händen aus dem Nichts, das er sei Eigen nennt.

Die Einheitsfront im Abwehrkampf gegen die Ruhrbesetzung hat die besten Blüten gezeitigt. Beim Antritt der Regierung Cuno betrug die Gesamtschulden des Reiches 880,8 Milliarden, Ende Juni dieses Jahres über 25 Billionen. In den letzten 10 Tagen des Juni erhöhten sich die schwebenden Schulden um 2,5 Billionen. Bei der Ueberflutung des Volkes mit wertlosem Papiergeld hat die kapitalistische Regierung den Weltrekord geleistet. Ein Ende dieser Mißwirtschaft ist noch nicht abzusehen. Jeder Tag bringt neue Berge von Papiergeld aus den vielen im Reich aufgestellten Notendruckern und jeden Tag werden weitere Riesensummen in den Taschen der Kapitalistenklasse geworfen.

Wer kann dann noch den Glauben haben, daß dieses Va banque-Spiel zu einem für das Volk guten Ausgang führen wird? Immer stärker setzt sich die Meinung durch, daß mit diesen vergeudeten Papierbillionen eine große Schuldenlast abgetragen werden konnte und unser Wirtschaftsleben schon längst wieder in geordnete Bahnen gebracht sein würde. Statt dessen würfeln die Kasadeure in der verwegenen Weise um das zukünftige Volksgeheil und unser Schicksal. Sie können nicht gewinnen, weil sie sich gegenüber der ganzen Welt selbst moralisch gerichtet haben.

Die Durchführung des Genossenschaftstarifs.

Der 20. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Berlin beschäftigte sich unter Punkt 10 der Tagesordnung mit dem abgeschlossenen Reichsrahmentarif für Bäcker und Transportarbeiter. Unter welchen Schwierigkeiten der Tarif zustande kam, ist unsern Funktionären durch Rundschreiben des Verbandsvorstandes bekannt. Der zum erstmalig abgeschlossene Tarif für Backmeister bildete bei den Tarifberatungen ein Hindernis in der Form, daß von den Genossenschaften die Frage, ob auch der Backmeisterverband als Tarifkontrahent hinzugezogen werden sollte, aufgerollt wurde. Bei der kaum nennenswerten Zahl von Backmeistern in diesem Verbande — nur 8 — war es von vornherein selbstverständlich, daß ein Schiedsgericht bei einer Entscheidung unsern Verbande die Backmeister zusprechen und ihm auch die alleinige wirtschaftliche Vertretung übertragen wird. Nach Erledigung dieser Streitfrage, die für uns als solche gar nicht bestand, wurde der Tarif für die Backmeister getätigt. Inwieweit der Vertrag durchgeführt ist, zeigen uns die bis 18. Juni eingegangenen 103 Anerkennungen. Es fehlen noch 46 Vereine, die noch nicht den Tarif unterzeichnet haben, wovon wiederum ein großer Teil es nicht für der Mühe wert fand, uns zu antworten.

Der Abschluß des Bäckertarifes läßt leider ebenfalls zu wünschen übrig. 61 Vereine haben nicht geantwortet. Es muß nun die Frage aufgeworfen werden: Was soll mit den Genossenschaften geschehen, die uns nicht antworten, weil leider der Tarifabschluß nicht als rechtsverbindlich für alle Genossenschaften gilt. Die Gründe hierfür sollten, wie bei andern von uns geschaffenen Reichstariifen, nach Erklärung der Genossenschaftsvertreter, an dem Wortlaut des Genossenschaftsgesetzes und an den Satzungen einzelner Revisionsverbände liegen.

In Uebereinstimmung befinden wir uns nun mit dem Tarifamt, und auch vom Referenten wurde sie auf dem Genossenschaftstag bekräftigt, daß Genossenschaften, die nicht antworten, den Tarif nicht anerkennen und nicht verhandeln wollen, von den Gewerkschaften bestraft werden können. Inwieweit hier von dem gewerkschaftlichen Machtmittel der Arbeitseinstellung zur Durchführung des Tarifabschlusses zu machen ist, wird jeweils von Fall zu Fall entschieden werden müssen. Als Gewerkschafter steht uns zweifellos das Recht zu, in dieser Situation von unserm Streikrecht Gebrauch zu machen. Die Tarifinstanzen stehen solchen Kämpfen nicht hinderlich im Wege. O. F.

Rechte der Gewerkschaften im Schlichtungsverfahren.

Wir haben bereits in Nr. 33, Jahrgang 1921, eine Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums in einer Beschwerde gegen den Schlichtungsausschuß Bausen zum Ausdruck gebracht, wonach der Verband als wirtschaftliche Vereinigung bei den Verhandlungen über den Abschluß von Tarifverträgen vor Schlichtungsausschüssen nicht erst der Vollmacht der Mitglieder oder der Betriebsvertretungen bedarf. Nach § 20 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 sind die Gewerkschaften zur selbständigen Anrufung des Schlichtungsausschusses ohne weiteres berechtigt. Wie das Reichsarbeitsministerium dann in zahlreichen weiteren Entscheidungen zum Ausdruck gebracht hat, soll sich dieses Recht im Sinne der Verordnung nicht nur zur Durchführung von bereits bestehenden Tarifen, sondern auf die Durchführung der Tarifverträge im allgemeinen erstrecken. Trotz dieser eindeutigen Rechtslage gibt es noch Schlichtungsausschüsse, die sich in Orten, wo unsere Organisation einen schwierigen Stand hat, schützend vor tariffeindliche Bäcker- oder Konditormeister stellen.

Die Konditormeister der Unterweserte zeigten sich nicht bereit, eine zeitgemäße und vernünftige Lohnvereinbarung für die Konditorgehilfen mit unserer Organisation einzugehen. Es mußte der Schlichtungsausschuß zu Bremen haben angerufen werden. Dieser verlangte nun von unserm Bezirksleiter die Vollmacht, die er dazu noch im Besitze der Konditormeister zur Verlesung bringen wollte. Er stellte in Abrede, daß die Gewerkschaften ohne weiteres zur Anrufung des Schlichtungsausschusses befugt seien, in solchen Fällen, wo es sich nicht um die Durchführung eines bereits bestehenden Tarifvertrages handele. Schließlich weigerte sich der Schlichtungsausschuß auch, die Angelegenheit als eine Gesamtschlichtung zu behandeln, indem er gesonderte Entscheidungen gegen die einzelnen Konditormeister herbeiführen wollte. Eine Beschwerde beim Regierungspräsidenten

In Stade als Demobilisationskommissar endete zunächst so, daß dieser sich in allen Punkten dem Standpunkt des Schlichtungsausschusses angeschlossen.

Darauf wurde seitens der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des NROB. und Nfa-Bundes zu Berlin Beschwerde beim Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe erhoben, worauf folgende Antwort einging:

Ich teile die von Ihnen hinsichtlich der Begriffe der „Durchführung“, des selbständigen Anrufungsrechtes der Gewerkschaften und der Parteien des Schlichtungsverfahrens vertretene Auslegung des § 20 der Verordnung vom 23. Dezember 1918, wie sie auch in dem Ruffaß von Flotow in Nr. 18 des „Korrespondenzblattes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ vom 5. Mai 1923 niedergelegt ist, und habe das Weitere veranlaßt.

Die Anlagen des dortigen Schreibens, die ich meinem Erlaß an den Regierungspräsidenten in Stade zur Kenntnis beigelegt habe, erhalten Sie später zurück.

J. A.: gea. R. o. m. h. i. d.

Durch diese Entscheidung wird wohl endlich der ungerechtfertigten Anforderung einer Schlichtungsausschüsse die Spitze abgebrochen sein, daß sie von der Vorlage einer Vollmacht Abstand zu nehmen haben. Wo aber dennoch ungefällig verfahren werden sollte, ist unter allen Umständen Protest zu erheben. Die Arbeiterbeisitzer in den Schlichtungsausschüssen müssen überall von dieser Entscheidung verständigt werden.

Die „Rowntree & Co. Ltd.“ in York.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die englischen Großbetriebe zum weitaus größten Teil über soziale Einrichtungen verfügen, die wir in Deutschland selten oder gar nicht finden. Ob das nun an den mächtigen gewerkschaftlichen Organisationen der Engländer oder an dem (uns Deutschen allerdings fremden) Menschlichkeits- und Gerechtigkeitsempfinden der englischen Unternehmer liegt, ist für uns heute keine Frage. Unbeschwerdlich von derartigen Dingen wollen wir gemeinsam einen Betrieb anschauen, der uns wie eine Fata Morgana anmutet wird.

Vor den Mauern der prächtigen alten Stadt York in England erheben sich die gewaltigen Anlagen der Firma Rowntree & Co., Kakaoo- und Schokoladenwerke. Schokolade, drei- und vierstöckige Bauten grünen den Beschauer. Wenn nicht ein riesiges Firmenschild Kunde daran gab, daß man eine Schokoladenfabrik vor sich hat, dann würde man sicherlich ein modernes Krankenhaus von allerdings gewaltigem Ausmaß dahinter vermuten.

Geführt von unsem englischen Freunden, unter denen sich auch Hr. J. Brown, Sekretär des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes, befindet, betreten wir den Empfangsraum. Präparate und Bilder geben eine klare Uebersicht über den Verbrauch des begehrtesten Genußmittels. Nachdem wir alles betrachtet haben, gehen wir, nach Geschlechtern getrennt, hinüber in die Fabrikräume.

Zuerst: ein Paddock. Golden leuchtet die Sonne durch die hohen Fenster und spielt mit den vielen Blumen und Sträuchern, die auf den Tischen stehen. Junge Mädchen, mit schmucken, weißen Kitteln angekleidet, sortieren und wickeln Schokolade. Und sie singen irgendein englisches Lied. Sie singen laut, nicht gedämpft, denn kein Vorgesetzter kümmert sich darum.

Zweitens: der Kakaopaddock. Wiederum lachendes, singendes Jungvolk, das hinter modernen Maschinen steht und arbeitet. Emsig, mit lachender Miene.

So steigen wir treppauf, treppab. Immer und immer wieder große, helle, besonders ventilierete Räume, Maschinen, mit allen Vorteilen der Neuzeit ausgestattet, alte und junge Arbeiter und Arbeiterinnen, die lachend aufschauen, wenn wir vorbeigehen. Nicht etwa, daß sie sich die Zeit dazu absehen, o nein! Afford kennen sie nicht. Und überall finden wir Blumen, prächtige Verkünder des frohen Lebens da draußen.

Wir passieren riesige Verladeplätze, Tischlereien, Lagerräume, Druckereien, Autogaragen; überall Licht, Luft

und Sonne. Feuerwehrevorrichtungen, selbsttätige Löschanlagen und Alarmvorrichtungen, ein automatischer Löschanzug, Unfallmeldestellen, ein Institut für die Augenuntersuchung usw.; alles Dinge in höchster Vollkommenheit.

Einen Umkleideraum sahen wir. Er wird bei feuchtem, kaltem Wetter geheizt, bei heißer Witterung maschinell belüftet. Auf besonderen Vorrichtungen kann man seine Schuhe trocknen usw. Dann ging's durch prächtige Wandelgänge und an Blumenbeeten vorbei dem Hauptgebäude zu. Schienenstränge kreuzen unsern Weg, Neubauten wachsen empor; zwei, drei Werkstofflokomotiven fahren vorüber. Das Hauptgebäude ist erreicht. In sich birgt es Speiseräume für je 2500 Arbeiter und Arbeiterinnen, Küchen, Schulräume und anderes mehr. Wir nehmen gemeinsam mit zwei Direktionsvertretern den Fünfuhrtee ein und hören danach einen Vortrag über die sozialen Einrichtungen. Man könnte, meinte der ausführende Herr, stundenlang über all diese Dinge reden; da dies nicht angeht, soll uns nur ein Einblick gewährt werden.

Die „Rowntree & Co. Ltd.“ beschäftigt circa 7000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Arbeitswoche ist einundvierzigstündig, das heißt der Sonnabend (Saturday) ist völlig frei. Dadurch wird der Lohn jedoch nicht beeinträchtigt. Arbeiter, die 60 Jahre alt sind (Frauen 55 Jahre), müssen sich pensionieren lassen. Ihre Pension steht dem Normalverdienst fast gar nicht nach. Nach ihrer Pensionierung stehen ihnen die sozialen Einrichtungen jederzeit offen. Das Werk hat neben den Speiseräumen und Küchen ausgedehnte Drause- und Schwimmbadanlagen, Spielplätze für jede Art Sport, Gärten, in denen die Blumen für die Werkräume gezogen werden, und andere, in denen man „frische Luft schnappen“ kann.

In besonderen Räumen erteilen Lehrer der Arbeiterschaft kostenlos Abendunterricht in allen Wissensgebieten. Eine besonders große Rolle spielen die Lehrlinge. Für sie besteht ein sogenanntes psychologisches Komitee, von dem ihre Einstellung abhängt. Sieben Lehrer sorgen für sach- und fachgemäße Ausbildung. In besonderen Schulräumen wird ihnen das nötige Wissen vermittelt. Sie dürfen während der Arbeitszeit Sport treiben, spielen und — was schier unglaublich klingt — sogar schlafen. Trotzdem und besonders trotz der Einundvierzigstundenwoche steht das Werk in bezug auf Quantität und Qualität führend in ganz England da.

Ist da noch einer, der sich wundert, daß wir in jenen Stunden davon absehen, Vergleiche mit den heimatischen Verhältnissen anzustellen? Allerdings ist dieser Betrieb selbst in England ein Musterbetrieb, sein Vorhandensein aber zeugt von Fortschritt und Entwidlung. Da könnte man wohl über die Tür schreiben: „Hier regiert die Menschlichkeit!“ Hans Sauer.

Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Steigerung der Lebenshaltungskosten. Die Preissteigerung bei den Kosten der Lebenshaltung hält auch im Juli an. Nach der „Industrie- und Handelszeitung“ stieg die Leuerungsziffer von dem 11 274 fachen auf das 15 708 fache gegenüber dem Vorkriegsstandes in der Woche vom 30. Juni bis 6. Juli. Das bedeutet eine Verteuerung um 39,3%. Die neue Leuerungsziffer liegt bereits um 36,2% über den Durchschnitt des Monats Juni. Die Ernährungsstufen erhöhten sich um 33,1%, Bekleidungsansgaben um 50,8% und die Kosten für Heizung und Beleuchtung um 20,8%.

Arbeiterurlaub in Deutschland. Die amtlichen Angaben über die Verbreitung des Urlaubs, soweit er in Tarifverträgen festgelegt wird, liegen nunmehr für das Ende des Jahres 1921 vor. Es bestehen danach 8357 Tarifverträge, die für 525 000 Betriebe mit 11 710 000 Arbeitnehmern die Urlaubsfrage regeln; das bedeutet 80% der gesamten, durch Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmerschaft. In 50% aller Fälle wurden dreitägige, in 41,5% drei- bis sechstägige Urlaubsurkunden ausbedungen. In dreien Gewerbezweigen (Lösserei, Steinselegergewerbe) werden die Urlaubsgelder aus besonderen Ausgleichskassen ausgezahlt, die sich auf mehrere Betriebe erstrecken; sie werden durch Unternehmer-

beiträge gespeist und meistens paritätisch verwaltet. In den meisten Ländern Europas muß, wie in Deutschland, der Urlaub für Arbeiter und Angestellte tariflich geregelt werden. Nur in Desterreich, Rußland und Polen ist der Arbeiterurlaub durch Gesetz festgelegt. In der Tschechoslowakei steht gegenwärtig ein Urlaubsgesetz zur Beratung, das naturgemäß von Unternehmerseite heftig bekämpft wird.

Die gesetzliche Einführung des Achtstundentages. Gegen Polemik Lujo Brentanos in der „Sozialen Praxis“ zeigen die arbeiterfeindliche Richtung unter den Wissenschaftlern, entnehmen wir eine sehr interessante Zusammenstellung über die gesetzliche Einführung des Achtstundentages seit Ausbruch des Krieges. Den Anfang machten die zentral- und südamerikanischen Staaten in den ersten Kriegsjahren. 1917 und 1918 folgten die revolutionären Länder in Ost- und Mitteleuropa und ein Jahre später fast das ganze europäische Festland. 29. Oktober 1914: Panama; 17. November 1915: Uruguay; 4. September 1916: Ecuador; 31. Januar 1917: Mexiko; 29. Januar 1917: Portugal; 7. November 1917: Rußland; 27. November 1917: Finnland; 14. August 1918: Norwegen; 15. November 1918: Deutschland (Abkommen zwischen der gesamten Arbeiterschaft und Unternehmerschaft, später durch Verordnung gesichert); 23. November 1918: Polen; 14. Dezember 1918: Luxemburg; 19. Dezember 1918: Desterreich; 19. Dezember 1918: Tschechoslowakei; 8. Januar 1919: Jugoslawien; 23. August 1919: Frankreich; 27. Juni 1919: Schweiz; 1. Oktober 1919: Spanien; 17. Oktober 1919: Schweden; 29. Oktober 1919: Internationale Konferenz in Washington (die Washingtoner Beschlüsse sind durch Griechenland, Rumänien, Bulgarien, Tschechoslowakei und Indien ratifiziert worden).

In England ist der Achtstundentag tariflich gesichert. Für die Eisen- und Stahlbetriebe besteht er seit 1906. Im Bergbau ist der Siebenstundentag durchgeführt. In den Vereinigten Staaten von Amerika besteht seit dem 1. Januar 1917 ein Achtstundengesetz für die wichtigsten Eisenbahnen; 1918 wurde der Achtstundentag im gesamten Eisen- und Stahlgewerbe durchgeführt.

Die Freunde der Arbeitszeitverlängerung und Beseitigung des gesetzlichen Achtstundentages merken nicht, wie lächerlich sie sich machen mit ihren Klagen über die Konkurrenzunfähigkeit als Folge der täglichen achtstündigen Arbeitszeit.

Konditoren

Das Schlagahneverbod wird leider heute noch vielfach übertreten und auch die Gehilfenschaft macht sich vielfach mitschuldig an diesen Übertretungen. Bei dem heutigen Ernährungszustande der breiten Volksmassen geht es nicht an, daß zum Besten derer, die es bezahlen können, den teuren und ungenügenden Milchmengen auch noch die beste Sahne abgeschöpft wird. Eine etwas härtere Strafe, als sie sonst in der Regel ausgeworfen wird, traf jetzt auf Veranlassung der Innung Hannover einen dortigen Lokalinshaber, weil er trotz vorhergegangener Verwarnung in seinem Geschäft Schlagahne weitergeführt hatte. Er wurde daraufhin vom Amtsgericht zu einem Monat Gefängnis und einer halben Million Mark Geldstrafe verurteilt. Für die Gefängnisstrafe wurde ihm allerdings eine dreijährige Bewährungsfrist zugesprochen.

Das allgemeine Ansehen der Konditorei kann nur gehoben werden, wenn sie in dieser schweren Zeit sich den wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht verschließt und es überall von sich aus ablehnt, Artikel zu führen, deren Verzehr heute als Schlemmerei zu bezeichnen ist.

Auf dem Verbandstag Nordwestdeutschland vom Deutschen Konditorenbunde, der Ende Juni in Hamburg tagte, machte sich trotz des vorangegangenen Bundestages in Goslar noch immer eine starke Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der „Zeto“ geltend; man behauptete nach wie vor, in Nordwest als Stiefkind in bezug auf Zuderbeliefe

Ferien.

Höchst merkwürdig! Die Ferienfrage ist heute allgemein in den Tarifen geregelt. Nach einer amtlichen Mitteilung sogar für mehr als 11 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen. Vor dem Kriege war es anders. Darum Ferien für die Arbeiter. Die wissen doch nichts damit anzufangen. Können höchstens die freie Zeit zu Saufgelagen aus. Nur einer kleinen Schicht war es vergönnt, sich von des Alltags Lasten und Mühen auszurufen, an Geist und Seele zu stärken und neue Kräfte im Kampfe ums Dasein aufzuspeichern. Und diese kleine Schicht kämpfte für allgemeine Ferien, die allen Arbeitern und Arbeiterinnen tariflich gesichert werden sollten.

Jetzt ist auch dieses Ziel erreicht. Nicht mehr der Herr Chef, die Direktoren und höheren Beamten erhalten allein Urlaub, um in der Sommerfrische ihre präparierten Kerben ins Gleichgewicht zu bringen oder sich auf ihren Sommerfrüh zurückzuziehen, um den Glutwellen der Großstadt, der Fabrikzentren zu entrinnen. Auch die Arbeiter haben ein verprüftes Recht auf Ferien. In einigen Ländern sind sogar die Ferien durch Gesetz geregelt, in den allermeisten Staaten aber durch die gewerkschaftliche Macht in den Tarifverträgen.

Wie beneiden wir oftmals, wenn wir als Handwerkskürschchen am Meeresstrand, Harz, Riesengebirge, Schwarzwald und in den Alpenländern auf die herrlichst gelegenen Fleckchen Erde stehen, wo die behäbige Bourgeoisie aller Sorgen und Mühen entboden, vom erzeugten Mehrwert anderer in vollen Zügen ein dolce far niente genöß. In solchen Situationen verirrt sich unsere Phantasie hoch über die rauhe Wirklichkeit hinweg: Wir wünschen Millionäre zu sein.

Die Zeiten ändern sich. Was früher ein Traum war, ist nun zur Wahrheit geworden: Die deutschen Arbeiter sind Millionäre. Auch die Arbeitslosen verfügen über ein Einkommen von mehreren Millionen. Papermillionen ohne

Wert, sogar noch weniger realen Wert als früher das Gold im Wochenlohn. Wir sind Millionäre und arm wie Bettler. Also wieder nichts, um unsere Ferien so zu verbringen, wie die Millionäre von Anno dazumals. Die sind doch mittlerweile auch uns wieder um eine große Wegstrecke zur Erwerbung von Reichümern voraus und wurden, wo die Arbeiter in die Millionärklasse aufrückte, Millionäre. Wir müssen uns daher die Ferien anders einrichten.

In dieser weisen Voraussicht sparten die Arbeiter Großen, will sagen Papierlappen auf Papierlappen und freuten sich, als die Stunde der Ferien näher kam, die nötigen Roneten für Reise und Verpflegung gesichert zu haben. Der schöne Traum wurde aber von einer höheren Gewalt, dem allmächtigen Eisenbahnminister, zerstört. Warum sollen die Arbeiter Ferienreisen machen können? Dieser begehrlischen Wande wird ein Niegel vorgeschoben. Resultat: Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise dritter und vierter Güte um 200%. Eine prozentige Erhöhung wird bald folgen. Der Minister mußte den ganzen Winter darüber nachdenken, daß eine Fahrpreiserhöhung erfolgen muß. Und weil er solange zum Nachdenken brauchte, kommen die Monate heran, wo die Arbeiter ihre Rudfäße für die Ferienreisen paden wollten.

Nun haben die Arbeiter Ferien, verfügen über ein vielfaches Millioneneinkommen und sind verdammt, ihre Ferien am Bohnorte zu verbringen. Wenn es anders sein würde, so wäre es verständlich, daß die Arbeitsbienen auch dorthin kommen würden, wo der Herr Chef sein Häuflein pflegt. Die Chefs wollen aber Ruhe haben, und ihrer Ruhe sind sie nun gewiß durch das liebevolle Entgegenkommen des Eisenbahnministers.

Der Arbeiter kommt immer zu spät. Früher, wo er die niederen Fahrpreise ganz leicht bezahlen konnte, hatte er keine Ferien. Heute haben 11 Millionen Ferien. 11 Millionen Millionäre können zum weitaus größten Teil die Ferien nicht wie sie wollen ausnützen, weil sie Bettler sind.

Der Prolet wird um alles betrogen, auch um seine ihm rechtlich zustehenden Ferien. Und dennoch wollen wir die freie Zeit nützen zur Stärkung unserer Kräfte für die kommenden Aufgaben. Die können aber nur gelöst werden von einer willensstarken Arbeiterschaft, die frei von allen Lasten und Sorgen geschlossen der Verwirklichung ihres Zieles zustrebt.

Wir wandern.

Wir kommen her aus längst vergessenen Fernen und ziehen in die ungewisse Welt, die uns vom Grubenhacht bis zu den Sternen die Flamme unfres eignen Ich erhellt.

Wir wissen, daß wir wandern müssen. Wir wandern, um das Ziel zu wissen.

Es leidet uns nicht mehr in jener Stube, die ewig grau der Altkenaupe staubt, wir taugen nicht mehr in die dunkle Grube, die uns den Atem und die Sonne raubt.

Wir wissen, daß wir schweifen müssen. Wir schweifen, um das Ziel zu wissen.

Denn auch die Liebe und das heit're Schwärmen mit euch, ihr Freunde, tut uns nicht genug. Es wühlt im Herzen und die Pulse lärmern, wir jauchzen auf zu unerhörtem Flug. Wir wissen, daß wir ringen müssen. Wir ringen, um das Ziel zu wissen.

Wir kommen her aus längst vergessenen Fernen und ziehen in die ungewisse Welt. Wir wollen uns, und sei es von den Sternen, den Frieden holen, der für uns bestellt.

Wir wissen, daß wir fliegen müssen, um endlich unser Ziel zu wissen.

Aus „Neuer Frühling“, Gedichte von Walter Victor. Verlag Auer & Co., Damburg.

rungen behandelt worden zu sein, verbat sich die fernere „Bevorzugung“ Mitteldeutschlands und forderte in Zukunft unparteiische Handhabung der Geschäfte.

Wir meinen, ein solcher Streit interessiert auch die Arbeitnehmer einigermaßen! Denn, wenn die Vorwürfe, die der „Zeko“ in Goslar und jetzt nachträglich nochmals in Hamburg gemacht worden sind, selbst nur zum Teil zutreffen, so sind dabei auch die Interessen der Arbeitnehmer dieses Bezirks geschädigt worden, und wenn die Zuckerbewirtschaftung ihrem Ende noch nicht zugehen sollte, so haben wir bei der Regierung zu verlangen, daß auch uns Kontrollrechte über die Einzelverteilung zugesprochen werden! Uns sind allerdings die Hamburger Innungsführer als ziemlichliche Herrschende und Rechtshaber bekannt; aber in diesem Falle scheint den Herren doch zahlenmäßiges Material, beweiskräftig für ihre Behauptungen, zur Verfügung zu stehen. Sie haben zuletzt folgenden Antrag, auf dessen Erfolg man gespannt sein darf, einstimmig angenommen:

Der Norddeutsche Verband beantrage beim D. R. B. auf Grund zahlenmäßiger Unterlagen die Nachlieferung der fehlenden Zuckermengen zu den Tagespreisen des Zeitpunktes der berechtigten Lieferung durch die Zeko.

Aus den Sektionen.

- Bonn.** (Schiedspruch.) Vom 7. bis 13. Juli Grundlohn 550 000 M.
Böln. Vom 7. Juli an 550 000, 500 000, 450 000, 425 000 M.
Leipzig. Vom 14. Juli an 380 000, 430 000, 480 000, 500 000 M.
München. Vom 8. Juli an 275 000, 270 000, 280 000, 195 000 M.
Zwickau. Vom 1. Juli an 220 000, 250 000, 280 000, 300 000, 320 000 M., Verheiratete 10 % mehr.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Tel.-Adr.: Bäckerverband Hamburg, Besenbinderhof 57.

Ausschluß. Gemäß des Antrages eines von der Zahlstelle Berlin eingeschickten Schiedsgerichts wird wegen Verleumdung und Verbandschädigung Willy Kiegele (Buch-Nr. 1427) ausgeschlossen.

Die Statistikkarte für das zweite Vierteljahr ist uns von nachstehenden Zahlstellen nicht zugegangen: Nordf., Bad Nauheim, Bad Reichenhall, Bochum, Danzig, Döbeln, Düsseldorf, Freiburg i. S., Freiburg i. Br., Gleiwitz, Hamersleben, Hanau, Hof, Kattowitz, Köln, Landsberg a. d. W., Münster, Neusiedl, Saalfeld, Saarbrücken, Sonneberg, Stettin, Stolp, Stralsund, Straubing, Tanne, Wismar, Wismhausen, Zella-Mehlis, Zittau.

Der Verbandsvorstand.

Quittung.

Vom 7. bis 14. Juli gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

- Für Juni: Wiberach 85 376 M., Forst i. d. L. 118 420, Rappersklautern 96 176, Kolberg 66 680, Norden 155 836, Waldenburg 191 168, Zangermünde 1 394 000, Würzburg 2 163 608, Leisnig-Döbeln 283 516, Oldenburg 143 900, Regensburg 320 280, Augsburg 761 844, Bremen 6 699 100, Landsberg 2 925 590, München 7 857 792, Bonn a. Rh. 899 420, Coburg 29 120, Eisenburg 323 880, Höchst a. M. 251 896, Homburg v. d. S. 1 882 850, Limbach i. S. 191 272, Spremberg 124 698, Wegesack 107 120, Dresden 19 106 112, Darmstadt 447 080, Jlmou i. Th. 247 860, Braunschweig 1 397 668, Celle i. S. 2 180 100, Elberfeld 3 049 950, Ehlingen 215 548, Heilbronn 153 240, Lüneburg 109 200, Neuselwitz 819 830, Ochersleben 278 040, Osabrück 390 200, Striegau i. Schl. 65 600, Cassel 2 476 952, Hannover 10 068 618, Königsberg i. Pr. 1 010 804, Leipzig 14 018 430, Nürnberg 6 803 094.

Für Technik und Wirtschaftswesen: Norden 2160 M., Kolberg 2800, Forst 6000, Zangermünde 2400, Würzburg 14 400, Leisnig-Döbeln 600, Oldenburg 9600, Regensburg 600, Augsburg 27 200, Bremen 146 520, München 37 200, Eisenburg 1800, Spremberg 1600, Höchst a. M. 7970, Wegesack 900, Homburg v. d. S. 1400, Bonn 12 000, Dresden 32 700, Darmstadt 11 600, Jlmou i. Th. 4815, Braunschweig 8840, Celle i. S. 3960, Elberfeld 25 000, Ehlingen 4000, Heilbronn 4000, Lüneburg 4210, Neuselwitz 540, Ochersleben 2400, Osabrück 8420, Nürnberg 12 000, Amberg 1800, Leipzig 32 400, Königsberg 1800.

Der Hauptkassierer. O. Freitag.

Aus den Bezirken.

Bochum. Vorsitzender: Walter Stern, Drüsenbergstr. 160.

Sterbetafel.

Berlin. Alexander Smusynski, Bäcker, 58 Jahre alt, am 4. Juli.

Dresden. Liesbeth Morkol, Arbeiterin, am 8. Juni.

Leipzig. Emma Schmidt, Schokoladenarbeiterin, 28 Jahre alt, am 7. Juli.

Ehre ihrem Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Nachen. Vom 30. Juni an in Kleinbetrieben 423 000, 476 000, 528 000, 555 000 M., für den Landbezirk gelten diese Löhne vom 9. Juli an. In den Großbetrieben beträgt der Lohn 528 000, 541 500 und 555 000 M.

Amthauptmannschaft Großenhain. Vom 16. Juli an 400 000, 410 000, 420 000, 430 000 M. Verheiratete 25 000 M. mehr.

Bad Reichenhall. Vom 9. Juli an 480 000, 470 000, 440 000, 360 000 M.

Berlin. Vom 16. bis 22. Juli in Großbetrieben 632 000, 626 000, 620 000 M., in Kleinbetrieben 630 000, 620 000, 610 000 M.

Bonn. (Schiedspruch.) Vom 7. Juli an Grundlohn 600 000 M., Staffellung der Löhne von 90 % bis zu 110 %.

Bremen. (Schiedspruch.) Vom 7. Juli an 480 000, 600 000, 618 000, 636 000 M., Arbeiterinnen 360 000 M.

Cassel. Vom 14. bis 20. Juli 600 000, 590 000, 550 000 M.

Danzig. Vom 29. Juni an in Großbetrieben 260 000, 258 000, 255 000 M., in Kleinbetrieben vom 2. Juli an 245 000, 235 000, 225 000, 215 000, 205 000 M.

Darmstadt. Vom 5. Juli an 300 000, 400 000, 460 000, 500 000 M. (Die in Nr. 28 mitgeteilten Löhne wurden durch diese Vereinbarung überholt.)

Düren und Jülich. Vom 7. bis 13. Juli 481 709, 528 240, 599 958, 689 600 M., in den Backhäusern 720 600, 724 000, 758 600 M.

Freiburg i. Br. Vom 9. bis 15. Juli 454 000, 420 000, 373 400 M.

Freising und Dachau. (Schiedspruch.) Vom 15. Juli an 410 000, 400 000, 375 000, 310 000 M.

Gulda-Günfeld. (Schiedspruch.) Vom 7. bis 14. Juli Spitzenlohn 400 000 M.

Garmisch, Weilheim, Starnberg. (Schiedspruch.) Vom 15. Juli an 481 000, 410 000, 393 000, 322 000 M.

Halberstadt. Vom 2. bis 14. Juli 357 000, 289 800, 243 600, 205 800 M.

Hamburg. (Schiedspruch.) Für die Woche vom 14. bis 20. Juli erfolgt eine Zulage von 80 %. Lohn für Gesellen über 20 Jahre 1 035 000 M., für die übrigen Gruppen nach der üblichen Staffellung.

Hannover. Vom 8. bis 14. Juli in Großbetrieben 551 050, 543 025, 585 000 M., in Kleinbetrieben 550 998, 534 050, 454 707, 374 465 M.

Karlruhe. (Schiedspruch.) Vom 9. Juli an 508 000, 460 000, 434 000, 416 000 M. Für verabreichte Kost und Wohnung sollen bei den ersten beiden Lohnstufen 55 % und bei den untersten Lohnstufen 65 % in Anrechnung gebracht werden. Wegen der hohen Bewertung des Kost- und Logisjahres wurde der Schiedspruch seitens der Gehilfen abgelehnt. In erster Linie ist den Gehilfen der einmütige Verzicht auf die Verwahrung von Kost und Logis zu empfehlen.

Leipzig (Stadt und Land). Vom 14. Juli an in Großbetrieben 650 000, 666 250 M., in Kleinbetrieben 578 500, 594 750, 611 000 M.

Ludwigshafen. (Schiedspruch.) Vom 1. bis 15. Juli 527 900, 477 000, 441 300 M.

Magdeburg. (Schiedspruch.) Spitzenlohn für die Woche vom 7. bis 13. Juli 465 600 M., vom 14. bis 20. Juli 556 800 M.

Mannheim. (Schiedspruch.) Vom 15. bis 21. Juli 821 120, 742 000, 696 400 M., in Brotfabriken unter voller Bezahlung der Versicherungsbeiträge 921 120 und 838 941 M.

Niesbach. (Schiedspruch.) Vom 15. Juli an 460 000, 450 000, 400 000, 320 000 M.

München. (Schiedspruch.) Vom 9. Juli an 480 000, 470 000, 440 000, 360 000 M., in den beiden Konsumvereinen 503 600 M. beziehungsweise 504 000 M.

Offenbach. Vom 7. bis 13. Juli Spitzenlohn 580 000 M. Dazu die übliche Staffellung.

Pirmasens. Vom 1. bis 15. Juli 527 900, 477 000, 441 300 M.

Rastatt. Vom 1. Juli an 230 000, 215 000 M.

Rosenheim und Bad Miling. Vom 9. Juli an 400 000, 390 000, 350 000, 280 000 M.

Traunstein. Vom 9. Juli an 400 000, 390 000, 350 000, 280 000 M.

Wiesbaden (Stadt und Land), Viebrich. (Schiedspruch.) Vom 6. bis 12. Juli 600 000, 585 000, 450 000 M.

Zwickau. Vom 8. Juli an 320 000, 335 000, 350 000 M.

Allgemeinverbindlich erklärt wurden die Lohnvereinbarungen vom 5. Juni als 20. Nachtrag zum allgemeinen Reichstarif in der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie. Die Allgemeinverbindlichkeit erstreckt sich auf das Gebiet des Deutschen Reiches, mit Ausnahme des Gebietes rechts der Weichsel, und beginnt mit Wirkung vom 6. Juni 1923.

Korrespondenzen.

Bäcker.

Leipzig. In einer am 11. Juli stattgefundenen Sektionsversammlung der Bäcker in Leipzig hielt das Mitglied des Verbandsbeirats Fritz Wüchner einen Vortrag über Kommunalpolitik. Der Vortrag wurde mit größtem Interesse verfolgt; die Mitglieder übten dann in der Debatte Kritik am Sektionsvorstand, der angeblich nicht genügend Propaganda gemacht habe. Wir möchten schon bitten, Kritik nur dort anzusetzen, wo notwendig; die Kritiker wissen genau, wie und in welcher Form die Einladungen erfolgten und wie stark die Kassierer und Betriebe belegt worden sind. Wir empfehlen aber den Kollegen, lieber in der früher gewohnten Weise mitzuarbeiten an der Aufklärung und Belehrung der Bäckergehilfen beim Kleinmeister; erst dann sollten sie sich zu einer solchen Kritik emporkühnen. Kollegen von Leipzig! An Euch liegt es, einen vollzähligen Versammlungsbesuch zu garantieren, nicht durch unangebrachte Kritik, sondern durch intensivste Mitarbeit zum Wohle der Kollegenschaft. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vroigetweide bedingt die größte Aktivität, insbesondere der Kollegen aus den Großbetrieben. Kollegen Leipzigs, auf zur Mitarbeit in der Gewerkschaft! In der Versammlung wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 11. Juli in Leipzig im Volkshaus versammelten Mitglieder erwarten, daß der Hauptvorstand des Zentralverbandes der Bäcker mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Einführung der wertbeständigen Löhne erkämpft. Wir glauben, daß dieses nur möglich ist, wenn alle Zentralvorstände auf den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund einwirken.“

Aus Unternehmerkreisen.

Ehrenobermeister Heinr. Knost, Hamburg, gestorben.

An den Folgen eines Schlaganfalls schied am 7. Juli der Ehrenobermeister Heinrich Knost von der Hamburger Bäckermeister-Innung aus dem Leben. Der Verstorbenen zählte zur alten Garde der Innungsführer. Seine geistige Einstellung bewegte sich auf gleicher Linie mit der des vor einigen Jahren verstorbenen Präsidenten des Germania-Innungsverbandes. Knost erlebte, wie kein anderer seiner Freunde, den Aufstieg und die Nachterweiterung der gewerkschaftlichen Organisation der Bäckerarbeiter. Unsere Hamburger Kollegen begingen kürzlich die Gedächtnisfeier des ersten durch die Organisation geleiteten Streiks, der vor 25 Jahren mit der Hamburger Bäckerinnung ausgefochten wurde. Damals gehörte der Verstorbene bereits dem Innungsvorstand an. Er trug auch demgemäß die Verantwortung der Abwehrmaßnahmen mit, die von der Innung gegen die berechtigten Forderungen der Bäckerarbeiter angewendet wurden. Knost zählte jedoch nicht zu denen, die dem Anwachsen der gewerkschaftlichen Organisationen nicht Rechnung trugen und daraus nicht lernten. Zweifellos hat das gewaltige Ringen unserer Hamburger Kollegen um die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges die geistige Einstellung des Verstorbenen beeinflusst und sie nach einer anderen Richtung gelenkt. In der Folgezeit wurden unter seinem Vorhitz tarifliche Vereinbarungen mit der Innung getroffen. Wenn auch nochmals der Streit im Jahre 1912 aufkammte wegen der vertraglichen Festlegung eines wöchentlichen Ruhetages, so zeigte sich damals schon, daß die treibenden Kräfte an der Scheiterung der Tarifverhandlungen in andern Personen zu finden waren.

In den langen Kriegsjahren wirkte sich die Erkenntnis zur Anerkennung der Arbeiterorganisationen als gleichberechtigter Faktor im Wirtschaftsleben praktisch aus. Knost hatte schon vor dem Kriege als Vorsitzender des Zweigverbandes Norden von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Tarifverträge offen und frei gesprochen. Der Verstorbene war ein grundsätzlicher Gegner der Lehrlingszuchterei, obwohl er bei seinen Kollegen auf starken Widerstand stieß.

Wenig beliebt war er in den Kreisen der Selben. Er machte kein Geheimnis daraus, daß die Vereinigung der Meister treuen, nicht nur für die Gehilfenschaft, sondern allgemein in wirtschaftlicher Hinsicht für das Bäckergewerbe ein Krebsgeschwür sei. Die Reiben der geraden, aufrichtigen Charaktere lichten sich mehr und mehr. In dem Verstorbenen ist einer der wenigen Innungsführer dahingegangen, die den Geist der Zeit begriffen hatten, aus den wirtschaftlichen Kämpfen lernten und die Organisation der Bäckerarbeiter als Wirtschaftsfaktor beachtete.

Ein rauschender Brotfabrikant.

Brotfabrikant Karl Mayer in Lands hut betreibt, aus der Not der Zeit geboren, in Pettrach auch eine Leigwarenfabrik. Seit Monaten findet er es für angebracht, neben allerlei sonstigen Schikanen, den Arbeiterinnen den gewiß sauer verdienten Tariflohn nicht auszugeben. Wiederholte Ansuchen der Organisation ließ der noble Herr unbeantwortet. Beim Gewerbegericht wurde die Firma zur Zahlung des Tariflohnes verurteilt. Statt nunmehr den Arbeiterinnen ihren zu Unrecht einbehaltenen Lohn endlich auszugeben, wurden sie entlassen und neue Arbeitskräfte eingestellt. Wäher kehrte zu derselben Methode wieder zurück, die er während des Krieges mit Erfolg gegen die Arbeiter anwendete. Bei Ausbruch der Revolution hatte dieser Herr unter seiner Weste eine sozialistische Ueberzeugung verbirgt. Er verstand es auch, von der Partei als Landtagskandidat aufgestellt und zugleich als Stadtrat in Vorschlag gebracht zu werden. Daß man damit den Boß zum Gärtner machte, wußte unsere Organisationsleitung, jedoch wurde gegen unsern Einspruch der Novembersozialist als der geeignete Vertreter proletarischer Interessen ausserhoren. Bald stellte sich heraus, daß dieser Mann nur die Partei als Sprungbrett benutzte zur Erreichung seiner egoistischen Ziele. Er spielt schon längst im Stadtrat den „milden Mann“. Nun will er auch zeigen, daß er noch mehr kann. Als unser Angestellter kürzlich mit ihm wegen ungerechter Entlassung eines Kollegen vorstellig wurde, ging der stadträtliche Brotfabrikant zum Angriff über und zerriff unsern Kollegen die Kleider bei dieser einzig dastehenden Verhandlungspraxis. Natürlich haben wir keine Lust, mit solchen Personen uns noch in Ringkämpfe zur Beilegung der Differenzen einzulassen; wir werden schon sorgen, daß auch die Arbeitererschaft von dem Verhalten des Herrn Mayer Kenntnis bekommt.

Kapitalerhöhungen und Neugründungen.

Durch die weitere Erhöhung beträgt jetzt das Grundkapital der Firma Gaecke A.-G., Hamburg, 87 Millionen Mark.

Eine Kapitalerhöhung um 13,5 auf 20 Millionen Mark beschloß die „Frankonia“, Schokoladen- und Konfektfabrik in Würzburg.

Die „Rohmas“-Mährmittel A.-G. in Bad Sodenburg v. d. Höhe, ist mit einem Grundkapital von 4,5 Millionen Mark eingetragene worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von Rohmassen für die Süßwarenindustrie.

Mit einem Grundkapital von 5 Millionen Mark wurde die Bremer Ketsfabrik A.-G. eingetragen.

Die Freiburger Wolf Beckerle- und Ketsfabrik erhöhte das Grundkapital von 40 auf 50 Millionen Mark.

In Lauf a. d. Regnitz wurde die Firma „Mifra“, Schokoladenfabrik, G. m. b. H., mit einem Stammkapital von 1 Million Mark eingetragen.

Mit einem Grundkapital von 1 Million Mark wurde in Niesky (Ober-Lausitz) die Firma „Coneda“ A.-G. eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von Feig-, Schokoladen- und Zuckerverwaren.

Die Firma „Albingia“-Ketswerke in Schönebeck a. d. E., wurde mit einem Grundkapital von 15 Millionen Mark in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.

Die Märkische Mährmittelabrik A.-G. wurde in Weprik bei Landsberg a. d. W. mit einem Grundkapital von 4,5 Millionen Mark eingetragen. Gegen-

Hand des Unternehmens ist Herstellung und Vertrieb von Teigwaren, Kunsthonig und andern Nahrungsmitteln.

Die im Jahre 1922 von der Schweizer Firma S. G. H. & Co. gegründete Schokoladenfabrik in Wulferst teilt mit, daß von dem statutarisch vorgesehenen Grundkapital in Höhe von 100 Millionen Lei nunmehr 20 Millionen Lei voll eingezahlt sind.

Nichte & Vogel A.-G. in Alpirsbach erhöhte durch Generalversammlungsbeschluß das Grundkapital von 10 auf 20 Millionen Mark.

Die Bremer Hanseatenwerke A.-G. erhöhten das Grundkapital von 40 auf 100 Millionen Mark.

Das Grundkapital der Schokoladenfabrik Bauer A.-G. in Eberfeld, beträgt nunmehr 5,250 Millionen Mark.

Das Grundkapital der Hohenlohe A.-G. in Gießen wurde durch Generalversammlungsbeschluß um 10 auf 50 Millionen Mark erhöht.

Mit einem Grundkapital von 1,5 Millionen Mark wurde in Leipzig die Firma Knappe & Würt eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist Herstellung und Vertrieb von Schokolade.

Die Kaffee- und Schokoladenwerke „Union“ A.-G. in Raumburg erhöhten das Grundkapital um 40 auf 100 Millionen Mark.

Die Schokoladenfabrik Lhunen A.-G. in Stolberg-Nitz erhöhte das Grundkapital um 13,5 auf 18 Millionen Mark.

Die vereinigten Firmen Berger & Co. und Hermann Gehl, nunmehr unter der Bezeichnung Württembergischer Schokoladenbrot Gehl-Berger A.-G. in Stuttgart verfügt über ein Grundkapital von 24 Millionen Mark.

Kaisers Kaffeegeschäft, G. m. b. H. in Bierjen erhöhte das Stammkapital um 120 auf 180 Millionen Mark.

Mit einem Stammkapital von 2 Millionen Mark wurde in Hamburg die Konfitüren- und Zuckerwarenfabrik Skalka, G. m. b. H., eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist Herstellung und Vertrieb von Schokoladen und Zuckerwaren.

Zuführungsbeziehungen. Mit der Aktiengesellschaft Weinberg, Hamburg, haben zurzeit Verhandlungen zur Erweiterung der Basis für das Gesamtunternehmen. M. a. u. S. Kaffee- und Schokoladenfabrik A.-G. in Bernriede vereinigte sich mit der Aktiengesellschaft Paul Rob. Wichmann, Hamburg. Die Schokoladenfabrik Karl Kühn & Co., A.-G., ist in den Besitz der Firma Sartori übergegangen und hat die Schokoladenfabrikation eingestellt.

Die neu firmierte Feurich-Preis-A.-G. in München verfügt nunmehr über ein Grundkapital von 20 Millionen Mark.

Die jetzige Moenania, G. m. b. H., in Gerdingsfeld, wurde durch den Zusammenschluß mit der Bayerischen Schokoladenfabrik F. Helm & Co. in Gunglshausen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das Aktienkapital beträgt 30 Millionen Mark bei einem Ausgabeurs von 150 %.

Internationales.

Zum Boykott über die Produkte der Firma E. Remy in Wygmael, Belgien. Eine Verschärfung der Situation. Der Boykottkampf gegen die Firma Remy entwickelt sich je länger je mehr zu einem Kampf um Sein oder Nichtsein. Zwei Betriebe, darunter der Hauptbetrieb in Wygmael sind seit längerer Zeit geschlossen. Inwieweit die Schließung dieser Betriebe mit dem Boykott in Zusammenhang steht, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Tatsache, daß Betriebe geschlossen werden mußten, sollte allein schon genügen, der Firma nahezu legen, eine Verständigung mit der Arbeiterschaft zu suchen. Aber nichts von dem. Die Firma beharrt einseitig auf ihren Machtstandpunkt. Sie will es nicht zulassen, daß sich die Arbeiterschaft in die Betriebsangelegenheiten mischt.

Die Macht des Geldes soll auch in Zukunft entscheidend bleiben.

Genossinnen und Genossen! In der heutigen Zeit geht es nicht mehr an, dem gleißenden Golde allein die Entscheidung über das Wohl und Wehe Tausender zu überlassen. Dem Machtstandpunkt der Kapitalisten von Wygmael muß deshalb die vereinigte Macht der Konsumenten gegenübergestellt werden. Kein Konsument lasse sich dazu verleiten, die Produkte von der Firma Remy zu kaufen. Die Produkte der Firma sind an ihrer Packung leicht erkennlich. Diese trägt als Fabrikzeichen den Löwenkopf.

Je schärfer der Boykott geführt wird, desto eher wird es den Machthabern von Wygmael vergehen, den leichtfertigen von ihnen begonnener Kampf weiterzuführen.

Die Exekutive der Internationalen Union der Lebensmittel- und Genussmittelarbeiter.

Der Verband der Lebensmittelarbeiter Rumäniens ist in den früher zu Ungarn gehörenden Gebieten in eine lobhafte Agitation für die Erreichung des gesetzlichen Verbotes der Nacharbeit in den Bäckereien eingetreten. Bis jetzt konnten leider die Bäckermeister von den Vorteilen der Tagarbeit noch nicht überzeugt werden. Lediglich aus Konkurrenzgründen halten sie mit aller Zähigkeit an der kulturwidrigen Nacharbeit fest. In organisatorischer Beziehung sind bei den Bäckern gute Erfolge aufzuweisen. In Arad wurde der Kollektivvertrag mit einer 75prozentigen Lohnerhöhung erneuert. Die Lohnbewegungen in Bukarest und Ploest endeten nach 3 Wochen ebenfalls mit einer Lohnerhöhung von 50%. Es kommen dabei 760 Personen in Frage. In Hermannstadt wurde durch schiedsgerichtliche Entscheidung der Lohn um 50% erhöht; Verheiratete erhalten täglich pro Kopf 2 kg Brot. Der Beginn der Arbeitszeit ist auf morgens 4 Uhr festgesetzt. Hier sind auch bezüglich des Verbotes der Nacharbeit auf dem Wege der Selbsthilfe die größten Erfolge aufzuweisen.

Zu erbitterten Kämpfen kam es in der Temesvarer Brotfabrik. Hier fungiert ein Herr Jagemann aus Westfalen als Antrieber. Bezeichnend für diesen Menschen ist es, daß er den Arbeitern in einem „Fachvortrag“ erklärte, in Deutschland sei es keine Seltenheit, daß die Bäckerarbeiter in den Brotfabriken beschimpft und mit Ohrfeigen traktiert werden. Mit der Uhr in der Hand kontrollierte er die Arbeitsleistung. Natürlich wurde durch das Auftreten dem Fasse bald der Boden ausgeschlagen. Die Arbeiter zogen vor, den Sklaventreiber allein zu lassen. Erst hierauf trat eine Besserung ein, und die Jagemannsche Mordarbeit wurde wieder abgeschafft. Unsere Mitglieder werden gut tun, sich den Namen Jagemann zu merken, falls er von unsern rumänischen Kollegen zum Teufel gejagt wird und wieder in Deutschland auftauchen sollte.

Im Schweizer Lebensmittelarbeiterverband wurde durch Urabstimmung beschlossen, den in diesem Jahre fälligen Verbandstag zu verschieben und ihn 1924 zum Frühjahr nach Bern einzuberufen.

Der amerikanische Bäcker- und Konditorenverband beruft seinen diesjährigen Verbandstag zum 10. September nach Los Angeles, Kalifornien, ein. Zahlstellen bis zu 100 Mitgliedern sind zur Entsendung von einem, von 100 bis 200 zu 2 und von 200 und mehr zu 3 Delegierten berechtigt.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Urteil über die Gewerkschaftspresse. Wir entnehmen dem „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“ aus seiner Betrachtung über die deutsche Gewerkschaftsbewegung folgende beachtenswerte Ansicht über die Gewerkschaftspresse:

Die Gewerkschaftspresse ist zum großen Teil ein lebhaftes Spiegelbild der Hintereinanderjüngenden und häufig aufeinanderstoßenden Vorgänge, Ereignisse, wie sie Auseinandersetzung und Kampf mit dem Kapital mit sich bringen. Darüber hinaus erfolgt meistens Befassung mit allen möglichen wirtschaftspolitischen Dingen, sofern Umfang des Blattes oder Finanzspruchnahme des Raumes (Umsatzverhältnisse, Beitragsangelegenheiten) es eben gestatten. Damit steht es jedoch manchmal böse aus. Von einigen Verbandsorganen wird vorzügliches geleistet. Disziplinsorgane sind die andern Gewerkschaftsblätter in beschränkterem Maße als der „Korrespondent“. Das nur einmalige Erscheinen oder gar nur vierzehntägige Erscheinen das an sich schon. Das Bedürfnis dazu ist aber auch nicht so vorhanden wie bei den Buchdruckern. Es ist bedauerlich, daß etwa 6 Organe meistens nur in 2 Seiten Umfang erscheinen. Bemerkenswert ist, daß Formatänderungen wohl mehr vom großen zum kleinen vorkommen, daß aber auch bislang immer in kleinerem Format erschienenen zum großen übergehen. Wenn jemand zum Beispiel allein die Ueberschriften der Hauptartikel aktueller Thema der wertbeständigen Löhne aufgezogen wird. Unser Raum verbietet das wenigstens diesmal. Möchte die Gewerkschaftspresse, an deren farbigem Abgang man auch das flutende Leben zu erkennen vermag, in diesen Zeiten der Hochspannung ihre jetzt so wichtige Mission gut erfüllen: die Lücken des Verjüngungslebens, wie sie örtlich, bezirklich und in weiterem Rahmen bei diesen fürchterlichen Entsetzungen entstehen, nicht fühlbar werden zu lassen. Die Aufgaben der Gewerkschaftspresse in gegenwärtiger Zeit sind groß, schwer und vielseitig.

Der Schiffszimmererverband beschloß auf seinem diesjährigen Verbandstag, durch Urabstimmung über eine Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband die Mitglieder entscheiden zu lassen. Nach dem vorliegenden Ergebnis der Abstimmung haben sich von 4465 stimmberechtigten Mitgliedern nur 2954 oder 66,8% daran beteiligt. Für die Verschmelzung wurden abgegeben 1418, dagegen 1539 Stimmen. Der „Schiffszimmerer“ spricht die Erwartung aus, daß sich durch die Ablehnung der Verschmelzung an dem freundschaftlichen Verhältnis zum Metallarbeiterverband nichts ändern wird.

Der Deutsche Holzarbeiterverband weist im verfloßenen Geschäftsjahr eine Mitgliederzunahme von 46 380 auf. Die Gesamtzahl der Mitglieder betrug 434 843 am Jahresende 1922 gegen 388 463 am Jahresbeginn. Der Einahme in Höhe von 664,4 Millionen Mark stehen 315,9 Millionen Mark Ausgaben gegenüber. Unter letzteren steht die Streikunterstützung weitaus an erster Stelle und betrug fast 100 Millionen Mark. An den Bewegungen einschließlich der Streiks waren 577 551 Personen beteiligt; wie im Bericht bemerkt wird, war die Zahl der an Lohnkämpfen beteiligten Holzarbeiter noch nie so groß wie im Jahre 1922.

Der Verband der Maler und Lackierer schloß das vergangene Jahr mit einem Mitgliederstand von 58 820 ab. Den Gesamteinnahmen von 80,8 Millionen Mark stehen Ausgaben von 56,2 Millionen Mark gegenüber. Am Jahresende bestanden 612 Tarifverträge in 1737 Orten mit 24 241 Betrieben und 64 600 beschäftigten Personen.

Literarisches.

(Die Grundzahl ist mit der Schlüsselzahl des Börsenvereins, zurzeit 15 000, zu multiplizieren.)

Kapitalismus und Sozialismus nach neumarxistischer Orientierung. Von Eugen Diehm. 1928. F. H. B. Dieck Nachf., G. m. b. H., Berlin SW 68. Grundzahl 20 A.

Aus meinem Leben. Von A. Bebel. Neuausgabe aus Anlaß des zehnjährigen Todesjages von A. Bebel. In einem Bande auf feines Dinndruckpapier gedruckt. Ganzleinen gebunden, mit goldenem Namenszug als Titel. Grundzahl 16 A. Dieckverlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 8.

Spätestens am 28. Juli ist der 30. Wochenbeitrag für 1928 (22. bis 28. Juli) fällig.

Veranstaltungs-Anzeiger

- Sonntag, 23. Juli: Oberhausen i. Rhld. Vorm. 10 Uhr im Restaurant „Zum Finken Bismarck“, Eds. Kirch- und Rauerstraße.
Dienstag, 24. Juli: Dauten i. Oberh. 8 Uhr im Restshaus.
Eberfeld (Bäder) 8 1/2 Uhr im Restaurant „Brüderhaus“, Nordwall.
Dienstag, 25. Juli: Dauten i. Oberh. 8 Uhr im Restshaus.
Dienstag, 26. Juli: Dauten i. Oberh. 8 Uhr im Restshaus.
Dienstag, 27. Juli: Dauten i. Oberh. 8 Uhr im Restshaus.
Dienstag, 28. Juli: Dauten i. Oberh. 8 Uhr im Restshaus.
Dienstag, 29. Juli: Dauten i. Oberh. 8 Uhr im Restshaus.
Dienstag, 30. Juli: Dauten i. Oberh. 8 Uhr im Restshaus.

Anzeigen

Nachruf. Am 4. Juli starb nach langem Leiden unser langjähriges, treues Mitglied, der Bäcker Alexander Smusynski, 68 Jahre alt. Sein Andenken werde wir in Ehren halten! Bahlschke Berlin.

Arbeitslosenversicherung der Bäckerzunft zu Berlin.

Der Reichsarbeitsminister hat die Grundlöhne am 9. Juni dieses Jahres abermals erhöht. Durch Beschluß des Vorstandes vom 9. Juli d. J. werden die Grundlöhne folgendermaßen festgesetzt, und zwar vom 1. August d. J. an:

Table with 3 columns: Stufe, Entgelt pro Tag, Grundlohn. Rows 1-10 showing increasing wage levels.

Die Beträge betragen wie bisher 10% des Grundlohnes, und zwar pro Kalenderlag:

Table with 2 columns: In Stufe, Entgelt pro Tag. Rows 1-5 showing specific wage amounts.

Die höheren Ratenleistungen treten erst am 29. Tage nach Inkrafttreten dieser Satzungsänderung in Kraft. Zu Vorstehendem hat das Oberverwaltungsamt seine grundsätzliche Zustimmung erteilt.

Gleichzeitig machen wir bekannt, daß die Sachbezüge am 1. Juli d. J. erhöht worden sind, und zwar für Dienstmädchen und Lehrlinge pro Tag 8000 M., für Gesellen und Verkäuferinnen pro Tag 10 400 M. Berlin, den 10. Juli 1928. Der Vorstand. W. Sahn, Vorsitzender.

Konditoren von Danzig.

Das Verkehrslokal befindet sich bei Moorwald, Brotbäckergasse 23. Zusammenkunft jeden Mittwoch, abends 8 Uhr. Mitgliederveranstaltungen in Danzig jeden Dienstag nach dem 1. und 15. im Monat im Gewerkschaftshaus, Develiusplatz 1/2, abends 7 Uhr, Zimmer 70. in Poppel jeden letzten Mittwoch im Monat, abends 8 Uhr, im Restaurant Ewald, Danziger Straße. Die Sektionsleitung.